«WIRTSCHAFTSGESCHICHTE DER SCHWEIZ»

Wie die Schweiz zur Gewinnerin wurde

Seit über hundert Jahren nimmt die Schweizer Volkswirtschaft international eine Spitzenposition ein. Wie es dazu kam, zeigt ein neues Buch.

VON WOLFGANG HAFNER

Schweizer Autoproduktion? Montage von Vauxhall-Wagen 1947 in Biel. FOTO: WALTER STUDER, KEYSTONE

Über zwei Kilogramm schwer und rund 1200 Seiten dick ist die kürzlich erschienene «Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert». Das Buch füllt eine Lücke, gab es doch bis jetzt kein umfassendes Werk zum Thema. Das Buch widerspiegelt die für die Schweiz typische Nähe von Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Neben ökonomischen Themen wie Bruttowertschöpfung der einzelnen Sektoren, deren Verteilung oder die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung behandelt es auch eher sozialhistorisch ausgerichtete Themen wie «Arbeitsfrieden», «Wohlstandsverteilung» oder «die Bedeutung internationaler Organisationen».

Erstmals wird in dem Band auch der Versuch unternommen, die langfristige wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz statistisch differenziert aufzuschlüsseln (Margrit Müller, Ulrich Woitek). Allerdings lässt die zum Teil fehlende Datengrundlage, kombiniert mit elaborierten Modellen und ausführlichen Grafiken, hin und wieder eine gewisse Ratlosigkeit aufkommen. Dennoch fällt im längerfristigen Vergleich des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf auf, dass sich die Schweizer Volkswirtschaft bereits Ende des 19. Jahrhunderts in einer Spitzenposition befand, die sie während der folgenden hundert Jahre verteidigen konnte. Die überdurchschnittlichen Wachstumsraten nach dem Zweiten Weltkrieg leisteten dazu einen wesentlichen Beitrag: Die Schweiz gehörte zu den KriegsgewinnerInnen.

In der Phase vor dem Ersten Weltkrieg begann – so Béatrice Veyrassat – der Aufstieg der Banken. Deren absehbares Waterloo zu Beginn des 21. Jahrhunderts beschreiben dann Malik Mazbouri, Sébastien Guex und Rodrigo Lopez unter dem markigen Titel «Hochmut kommt vor dem Fall».

Geldwertstabilität im Zentrum

Die grosse Zahl an AutorInnen – insgesamt rund zwanzig – macht den Band sehr vielfältig, zum Teil aber auch widersprüchlich. Aber immerhin: Er ist eine Bestandsaufnahme der heute vorhandenen Forschungsarbeiten zum Thema. Aber ist die Schweiz, wie der Doyen der schweizerischen Wirtschaftsgeschichte Hansjörg Siegenthaler meint, der Prototyp für eine moderne Wirtschaftsgesellschaft, hat sie eine Vorbildfunktion?

Noch während seiner Zeit als Professor für Wirtschaftsgeschichte hat Siegenthaler ein Modell zur Analyse von Modernisierungskrisen erarbeitet, das im Wesentlichen von einer Abfolge von Phasen ausgeht. Nach einer Phase wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität folge eine Phase mit Krisen und Destabilisierung, die von einem Vertrauensverlust begleitet sei. Als Bedingung für einen Aufschwung müssten Stabilität und Regelvertrauen wieder hergestellt werden.

In verschiedenen Artikeln nehmen die AutorInnen direkt oder indirekt Bezug auf diese These: Nicht zuletzt zugunsten eines zuverlässigen Regelsystems räumte man in der Schweiz während des 20. Jahrhunderts stets einer (monetaristisch geprägten) Währungs- und Geldwertstabilität den Vorrang gegenüber allen anderen Zielen ein. Dadurch entwickelte sich allerdings auch eine «gewisse Schwerfälligkeit» (so Patrick Halbeisen und Tobias Straumann) bei der Anpassung an «neue Umstände».

Und die Binnenwirtschaft?

Die Untersuchungen der WirtschaftshistorikerInnen reflektieren ihr «Wunschbild» von der Schweiz als einer internationalen, offenen Gesellschaft. Entsprechend forschten sie vor allem auf dem Gebiet der Aussenwirtschaft und der internationalen Verflechtungen und beschäftigten sich weniger mit der Binnenwirtschaft. Die vorwiegend binnenmarktorientierten klein- und mittelständischen Unternehmen, ihr wesentlicher Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung, ihre gesellschaftlich-politische Verankerung und ihre innovative Tätigkeit blieben bisher weitgehend unbeachtet. Dabei hatten sie etwa in der Expansionsphase vom 19. zum 20. Jahrhundert mit rund zwei Dritteln zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Das Kapitel zur Binnenwirtschaft von Laurent Tissot ist entsprechend dünn ausgefallen.

Im Kapitel «Wissen und Technologie» stellen David Gugerli und Jakob Tanner den innovativen Beitrag des Staats oder parastaatlicher Organisationen im Post-, Energie- oder Bahnbereich als wenig erfolgreich dar und zeigen das anhand einzelner Beispiele. Aber schuf nicht gerade der Übergang in den siebziger und frühen achtziger Jahren von der noch weitgehend kartellistisch-korporatistischen Schweiz zu einer liberalen Marktwirtschaft ein produktives kulturelles und technologisches Gefälle (Achtundsechziger versus Konservative, Einführung der Halbleitertechnologie, integrierte Schaltungen), das ein grosses Entwicklungspotenzial bot?

Bei der Buchvernissage wurde auf die Bedeutung der Verhaltensnormierung (Vertrauen als zentrales Gut) hingewiesen. Eine wesentliche Basis des schweizerischen Systems bildete dabei der Arbeitsfrieden (Bernard Degen). Gerne hätte man in diesem Zusammenhang mehr über die Schattenseiten dieses Abkommens und der damit verbundenen Normierungen (etwa die Ausgrenzung abweichender Verhaltensweisen oder der Fremden) erfahren. Auch wäre es interessant zu wissen, inwiefern als Folge des Arbeitsfriedens Einrichtungen wie die Pensionskassen geschaffen wurden, die heute eine Weiterentwicklung der Gesellschaft verhindern.

Patrick Halbeisen, Margrit Müller, Béatrice Veyrassat (Hrsg.): «Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert». Schwabe Verlag. Muttenz 2012. 1234 Seiten. 98 Franken.

«VERGANGENHEITSPOLITIK»

Als alle Parteien die Entnazifizierung stoppten

Es hat bekanntlich sehr lange gedauert, bis sich die bundesdeutsche Gesellschaft ernsthaft mit der Nazizeit und den während des «Dritten Reichs» begangenen Verbrechen zu beschäftigen begann. Erst ab Mitte der achtziger Jahre setzte die sogenannte Vergangenheitsbewältigung ein: Die Opfer wurden sukzessive rehabilitiert, Firmen liessen allmählich (unter öffentlichem Druck) ihre Nazigeschichte überprüfen, HistorikerInnen publizierten viele Untersuchungen über die Verbrechen der Wehrmacht, der Justiz, des Aussenministeriums oder die Nazivergangenheit von JournalistInnen, in Berlin wurden Denkmäler eingeweiht – kaum eine andere europäische Gesellschaft hat sich so umfassend mit jener Zeit auseinandergesetzt. Das war in Deutschland ja auch dringend nötig.

Und doch verblüfft, wie wenig die Öffentlichkeit heute noch über die ersten Jahre «der Bewältigung der frühen NS-Bewältigung» weiss – über die Anfangszeit der BRD, als sich alle Parteien darin einig waren, dass die von den Alliierten betriebene Entnazifizierung sofort beendet werden muss. Nicht nur die von Altnazis durchsetzte Adenauer-Regierung oder die rechtsnationale Klientelpartei FDP, auch die damals «schroff anti-alliiert und betont national» eingestellte SPD wollte unbedingt einen Schlussstrich ziehen. Sie taten das auch mit dem ersten Gesetz, das den gerade konstituierten Bundestag einstimmig passierte: dem Straffreiheitsgesetz von 1949, dem fünf Jahre später das Straffreiheitsgesetz von 1954 folgte.

Wie kam es dazu? Welche Kräfte und Allianzen sorgten dafür, dass zahllose Kriegsverbrechen ungeahndet blieben, von den Alliierten verurteilte NS-Schergen frühzeitig freikamen, Hunderttausende von Nazibeamten wieder ihren Dienst antreten konnten? In seinem Buch «Vergangenheitspolitik» analysiert der Historiker Norbert Frei die machtpolitischen Verhältnisse in den Jahren 1949 bis 1954. Es zeigt, wie sehr das «neue» Deutschland in der NS-Vergangenheit verstrickt blieb. Eine hervorragend dokumentierte Studie – die allerdings die antifaschistischen Kräfte der damaligen Zeit kaum berücksichtigt. Denn die gab es auch. PW

Norbert Frei: «Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit». C.H. Beck. München 2012 (Taschenbuch-Ausgabe der 1996 erschienenen Erstauflage). 468 Seiten. Fr. 28.40.

«HANDBUCH PHILIPPINEN»

Korruption, Willkür und ein Boxer aus einfachen Verhältnissen

Mit der vollständig überarbeiteten Ausgabe ihres Philippinenbuchs haben Niklas Reese und Rainer Werning ein Referenzwerk vorgelegt, das kaum Wünsche offenlässt.

VON RALF LEONHARD

Im Oktober 2012 unternahm die philippinische Regierung in einem Abkommen mit der Moro Islamic Liberation Front einen ersten Schritt, um den seit vierzig Jahren anhaltenden Konflikt auf der Insel Mindanao beizulegen. Sie stellte der muslimischen Minderheit eine autonome Provinz in Aussicht. Darüber kann man im «Handbuch Philippinen» nichts lesen, es kam wenige Wochen zuvor auf den Markt.

Wer aber verstehen will, worum es bei diesem Konflikt geht und welche Geschichte dem Aufstand der Moros vorausging, ist gut beraten, die Kapitel «Der Süden» und «Mindanao» von WOZ-Autor Rainer Werning zu lesen. Noch vor hundert Jahren war der Süden der Philippinen zu 98 Prozent von MuslimInnen bewohnt, die von der spanischen Kolonialverwaltung nie unterworfen werden konnten. Erst dem Kolonialregime der USA (ab 1898) gelang es, dank aggressiver Siedlungspolitik und straffer militärischer Verwaltung die Ressourcen des Südens für die Zentralregierung zu erschliessen und den Einfluss der Moros zurückzudrängen.

Als Diktator Ferdinand Marcos 1972 nach Jahrzehnten brutaler Unterdrückung die Forderung muslimischer RebellInnen nach einer unabhängigen Republik mit dem Kriegsrecht beantwortete, eskalierte der Konflikt. Der Krieg hat bisher rund 150 000 Menschenleben gekostet; der materielle Schaden liegt bei umgerechnet weit über einer Milliarde Euro.

Über diesen Konflikt wissen hierzulande nur wenige Bescheid. Die Philippinen liegen weit weg, unsere Kenntnisse über den aus 7107 Inseln bestehenden Archipel sind meist gering. Wir erfahren zwar alle Details, wenn etwa Hurrikan Sandy in den USA wütet und dort über hundert Menschen in den Tod reisst, werden aber mit Kurzmeldungen abgespeist, wenn Taifune wie Pepeng und Ondoy innerhalb weniger Tage Tausende auf den Philippinen in den Tod reissen.

Dieses Ungleichgewicht kann das schon nach der ersten Auflage 2006 als Standardwerk bezeichnete «Handbuch Philippinen» schwerlich beeinflussen. Doch all jenen, die sich für den fernen Inselstaat interessieren, beantwortet es fast alle Fragen, aufbereitet in handlichen Häppchen und immer wieder gewürzt mit einer feinen Prise Humor und Selbstironie.

Die gegenüber den ersten drei Auflagen um 120 Seiten erweiterte Neuauflage berücksichtigt nicht nur die politisch-historischen Ereignisse, die sich in den mehr als sechs Jahren zugetragen haben, seit die erste Fassung erschien. Das aktuelle «Handbuch Philippinen» enthält auch neue Kapitel, etwa über die Lust am Simsen (beim Versenden von SMS können die Filipinos den Weltmeistertitel beanspruchen), die Brutalität in den Machtkämpfen der politischen Clans oder die lebende Boxlegende Manny Paquiao. Der mehrfache Champion im Bantamgewicht war in seinen besten Zeiten nicht nur einer der bestverdienenden Sportler der Welt. Der aus armen Verhältnissen stammende Mann wurde auch ins Provinzparlament seiner Heimat gewählt und setzt sich dort gegen den illegalen Bergbau ein. 2013 will er Gouverneur werden; eine Präsidentschaftskandidatur ist nicht ausgeschlossen. Von Pit Wuhrer stammt ein Beitrag über ein rasch wachsendes Bündnis von KleinbäuerInnen, die aus dem Scheitern der sogenannten Grünen Revolution die Lehren zogen, die Ernährungssouveränität in die eigene Hand nehmen und statt auf Gentechnik und Monokulturen auf Sortenverbesserung und Biodiversität setzen.

In seiner politischen Analyse ist der Sammelband nahezu auf dem letzten Stand. Er liefert beispielsweise eine ernüchternde Einschätzung der Politik von Benigno «Noynoy» Aquino, der von ähnlichen Hoffnungen ins Amt getragen wurde wie einst Barack Obama. Doch der Sohn des 1983 von Marcos ermordeten Volkshelden Benigno «Ninoy» Aquino hat die unter Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo grassierende Korruption kaum bremsen können. Die Menschenrechte werden auch heute fast so missachtet wie früher, die Willkürregimes der regionalen Potentaten bekommt Manila kaum in den Griff. Und die neoliberale Wirtschaftspolitik blüht nach wie vor mit allen verheerenden Konsequenzen.

Mithilfe der Literaturhinweise und Links am Ende der einzelnen Kapitel können Interessierte ihr Wissen vertiefen und aktualisieren. Leider fehlt ein Index, der das gezielte Suchen im sonst sehr übersichtlichen Handbuch zusätzlich erleichtern würde.

Niklas Reese / Rainer Werning (Hrsg.): «Handbuch Philippinen. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur». Horlemann Verlag. Berlin 2012. 495 Seiten. Fr. 28.40.